



P R E S S E M I T T E I L U N G

Gemeinsam Verkehr vermeiden: Bürger aus dem gesamten Stadtteil vernetzen sich zum Widerstand gegen den Stäbli-Durchstich

München, 13. November 2012. Eines der längsten Erörterungsverfahren der Regierung von Oberbayern ist nach sieben Wochen beendet. Im Rahmen des Planfeststellungsverfahrens für das Vorhaben Staatstraße 2344, dem sogenannten „Stäbli-Durchstich“ leitete Matthias Steck, Oberregierungsrat der Regierung von Oberbayern, die Anhörung der Anwohner und den Vertretern der Landeshauptstadt München. Aufgrund der zahlreichen Einwendungen der Bürgerinnen und Bürger aus Forstenried, vor allem auch aus dem Wohngebiet zwischen Forstenrieder Allee und Wolfratshauer Straße mußten mehrere zusätzliche Erörterungstage im Bürgersaal Forstenried in Anspruch genommen werden.

Ziel der Erörterung ist die Überprüfung der Umsetzbarkeit der durch die Stadt München beantragten Planfeststellung. Dazu werden die Plan-Einwendungen und Rügen der Bürger, Gutachter und Rechtsanwälte angehört. Danach entscheidet die Regierung von Oberbayern, ob und in welcher Form die durch den Ortskern Forstenrieds laufende Trasse gebaut wird.

Der Protest dehnt sich aus:

Dr.med. Norbert Prinz für die Bürgerinitiative Maria-Einsiedel-Strasse: *„Wir sind entschlossen gegen den Durchstich, da auch wir davon negativ betroffen sind.“* Junge Familien im Wohngebiet rund um die Lochhamer Straße fürchten um die Sicherheit ihrer Kinder. Die neue Staatsstraße führt zu 75% Mehrverkehr, Gefahrguttransporte und Schwerlastverkehr eingeschlossen. Die Wege zu Schulen und Kindertageseinrichtungen sind gefährdet, die Kinder sind Lärm und Feinstaub ungeschützt ausgesetzt. Evelyn Göpfert, Ilkastraße: *„Wir können nicht nachvollziehen, dass in der heutigen Zeit, wo durch intelligente Verkehrskonzepte Verkehr, Straßenlärm und Feinstaubbelastung in den Städten reduziert werden und der Verkehr aus der Stadt konsequent herausgeführt werden soll, ein Straßenausbau durch ein Wohngebiet (Forstenried, Lochhamer Str.) innerhalb der Stadt überhaupt noch zur Diskussion steht und man nicht längst über sinnvolle zeitgemäße Alternativen nachdenkt!“*

Hans-Ulrich Gräger zeigt im Plan bisher unberücksichtigte, erhebliche Beeinträchtigungen von ca. 2.000 Anwohnern der Drygalski-Allee auf. Dr. Monika von Walter vertritt über 2.600 Bürger, die auf Unterschriftenlisten Einwände gegen den Durchstich erhoben haben. Anke Sponer spricht für die Anwohner der Lochhamer Straße und der angrenzenden Straßen und rügt die erhebliche, gesundheitliche Belastung ohne Anrecht auf Schutzmaßnahmen.

Erster Erfolg für die Bürger:

Die Regierung von Oberbayern schliesst die Erörterung mit dem Hinweis, dass unter diesen Umständen ein Beschluss des Planes nicht sofort erteilt werden kann.

Die BI Forstenried fasst die wichtigsten Ergebnisse der Erörterungstage und die fehlerhaften Planfeststellungsunterlagen zusammen:

1. Verfahrensfehler:

Der Plan basiert auf der Aufstufung des Straßenzuges Forstenrieder Allee, Stäbli-, Lochhamer Str., Siemens-Allee zur Staatsstraße. Wenn dieser Straßenzug fälschlicherweise als Staatsstraße klassifiziert wird, ist der Plan nichtig und nicht durchsetzbar.

Bürger, Rechtsanwalt Eike Schönefelder, München, sowie die Gutachter von RegioConsult, Marburg, rügen die Stadt, dass es sich tatsächlich um eine Ortsstraße ohne überörtliche Verbindungsfunktion (Netzfunktion) handelt. Sie fordern die Rückstufung, Tempo 30 Zonen und LKW Verbote. In ihren Stellungnahmen zu den Einwendungen der Bürger stellt die LH München einen fast ausschließlichen Anwohnerverkehr der Stäbli-, Lochhamer Str., Siemens-Allee fest (95% Quell- und Zielverkehr). Prognostiziert mit Durchstich ergibt sich keine wesentliche Änderung. Der Nachweis der zwingenden Netzfunktion einer Staatsstraße wird von der LH München nicht erbracht. Die Frage, wie man verantwortungsvoller Weise eine Staatsstraße durch ein reines Wohngebiet mit vielen älteren Mitbürgern, Familien, Kindern, Schulen, KiTa's und Altenheimen planen kann, bleibt unbeantwortet. Eine Staatsstraße ermöglicht z.B. Verbreiterungen, Verlust oder Verschmälerung von Geh- und Radwegen, Wegfall von Baumpflanzungen und Grünstreifen, uneingeschränkte Durchfahrt für Gefahrguttransporte und besonders belastenden Schwerverkehr bis 40 Tonnen.

2. Planungsziele werden nicht erreicht:

Die von der LH München definierten Planungsziele „Schließung der Lücke im Hauptstraßennetz [...] und der Entlastung der Liesl-Karlstadt Str und Forstenrieder Allee“ werden nicht erreicht.

Ein Entlastungskonzept darf nicht zu einem insgesamt schlechteren Ergebnis führen. Die gebotene Lärm-Bilanzierung eines Planes zugunsten einer verbesserten Situation für die Mehrheit bleibt unerreicht. Gemäß Plan werden 330 entlastete Anwohner, sogenannte Schutzfälle, gegen 850 neu belastete „Schutzfälle“ aufgerechnet. Die Bürger kritisieren, dass diese 850 unzumutbar geschädigt werden und eine Vielzahl an belasteten Anwohnern nicht erfasst wird. Das zeigt exemplarisch das Gutachten der Familie Wiedemann, Lochhamer Straße. Es werden mit über 60 dB(A) nachts die Werte für Lärmsanierung überschritten. Damit wird die Grenze der akuten Gesundheitsgefährdung, wie sie in aktuellen Urteilen des Bundesverwaltungsgerichts betont wird, deutlich überschritten. Dem Straßenzug Stäbli-, Lochhamer Str., Siemens-Allee stehen laut Plan trotz Mehrbelastung weit oberhalb der Immissionsgrenzwerte sowie teilweise Überschreitung der Lärmsanierungswerte keine Schutzmaßnahmen zu. Die Forstenrieder sollen unzureichende Schutzmaßnahmen erhalten. Die Bürger fragen nach der Zulässigkeit einer öffentlichen Investition von mindestens 10 Mio. Euro bei einem Ergebnis, welches laut Plan die Immissionsbelastungen bestenfalls ausgleicht: *„Gewichtet man über das gesamte Umfeld die Schallimmissionssituation [...] so gleichen sich Höhe der Entlastungen und die Mehrbelastungen aus“*. Das Konzept „Stäbli-Durchstich“ verschlechtert die Lärmbelastung statt diese zu verbessern.

Die dem Plan zugrunde liegenden Zahlen des Verkehrsgutachtens sind falsch. LKW werden nicht ab 2.8 Tonnen Gewicht sondern ab 3.5t erfasst. Dadurch wird die Lärmberechnung mit deutlich niedrigeren LKW Anteilen als tatsächlich vorhanden erstellt. Die von RegioConsult** ermittelten Verkehrszahlen führen zu einer erheblichen gesundheitlichen Belastung durch Schadstoffe und Lärm. Insbesondere ältere Mitbürger und Kinder sind gefährdet. Beispiel: Lochhamer Str. Ost: 621 LKW (4,6% >3,5t lt. Plan***) vs. 1.461 LKW (10,8% >2,8t lt. RC**).

Die Alternativen werden nicht hinreichend geprüft: Weder das von der damaligen Stadtbaurätin Prof. Thalgot in 12/ 2004 vorgeschlagene Entlastungskonzept noch ein weiträumiger Anschluß des Münchner Südwesten an eine Nordwest- / Südost-Tangente zur Entlastung innerstädtischer Wohnviertel vom Durchgangsverkehr werden gewürdigt.

3. Fehlerhafte Abwägung:

Im Rahmen einer Planfeststellung wird abgewogen, ob eine Planung zu Beeinträchtigungen im Umfeld führt und ob diese vertretbar sind. Wenn eine Mehrheit durch einen Plan nachhaltig und erheblich beeinträchtigt wird, ist ein Plan zu verwerfen.

Das Luftschadstoff-Gutachten, die Schalltechnische Untersuchung sowie die Abwägung relevanter Aspekte im Plan sind fehlerhaft. Die Schadstoffbelastung für die Lochhamer Straße wurde z.B. nicht ermittelt. Die Regierung von Oberbayern gibt der LH München die Überarbeitung beider Gutachten auf. Die Schule Forstenried erhält weder Schutz gegen Lärm noch gegen Feinstaub. 75% Mehrverkehr gefährden die Schüler. Aufgrund der Kosten-Nutzen-Abwägung der LH München wird auf einen Vollschutz verzichtet. Die Regierung von Oberbayern fordert demgegenüber Stellungnahmen von Schulreferat und Denkmalbehörde (die Schule steht unter Denkmalschutz). Beide Ämter wurden von der Stadt nicht gefragt.

Eine Abwägung hinsichtlich der erheblichen Wertverluste der Immobilien in Forstenried und im Straßenzug Stäbli-, Lochhamer Str., Siemens-Allee findet nicht statt. Eigentum ist grundrechtlich unmittelbar geschützt. Die städtischen Vertreter haben diese Belange nicht hinreichend erörtert, obgleich der Stadtrat im Billigungsbeschluss Wertminderungen in Höhe bis zu 35% angenommen hat. Bei einer Entscheidung sind Wertverluste je Objekt zu ermitteln und zu gewichten. Die zu erwartenden Verluste in mehrstelliger Millionenhöhe sind Bürgern weder alleine noch anteilig zuzumuten.

Wörter: 1.056

Zeichen ohne Leerzeichen: 7.286

Um Belegexemplare wird gebeten.

** Planungsunterlagen LH München, Schalltechnische Untersuchung Bericht Nr. 501-2488-3, Sept 2009, Möhler & Partner, S. 25*

*** RegioConsult, Verkehrstechnische Stellungnahme zu Planfeststellungsunterlagen von Möhler & Partner, 31.08.2012*

****vgl. Ergebnisse der Verkehrsuntersuchung Planfeststellungsverfahren Lückenschluß Stäblistrasse in München von Möhler & Partner 2009*

Bürgerinitiative Forstenried

Die Bürgerinitiative ist ein Zusammenschluss von Bürgern aus dem 19. Stadtbezirk. Das gemeinsame Ziel ist Forstenried, die Lochhamer Str. und die angrenzenden Wohngebiete vom Durchgangsverkehr zu entlasten.

www.bi-forstenried.de

E-Mail: info@bi-forstenried.de

Kontakt und V.i.S.d.P:

Anke-Andrea Sponer, Spindlerplatz 20, 81477 München

Tel. 0172-892 44 44

E-Mail: anke@sponer.net